

Heiße Luft gegen kalte Füße

Von

Heiner Flassbeck

WuM, April 2005

War's das? Was als großes Programm zur Wirtschaftsbelebung losgesprungen ist, endet als Retusche an der Agenda 2010. Heiße Luft gegen kalte Füße. Die Steuern für die Unternehmen werden endlich wieder einmal gesenkt, gegenfinanziert natürlich, und die Mittel für ein paar öffentliche Investitionen – zwei Milliarden über vier Jahre – werden im Haushaltsvollzug erwirtschaftet. Darüber hinaus wartet die deutsche Politik jetzt auf die Unternehmen, die ihrer moralischen Verpflichtung nachkommen müssen, zu investieren und ist stolz auf die wieder gewonnene Wettbewerbsfähigkeit, die sich trotz Euro Aufwertung in den Exporterfolgen der vergangenen Jahre niederschlägt.

Nichts könnte besser als diese Regierungserklärung, die der Bundeskanzler am 17. März vorgestellt hat, vor Augen führen, wie weit Deutschland von einer wirklichen Lösung seiner Probleme entfernt ist. Kein Wort zur hartnäckigen Konsumschwäche, kein Wort zu den negativen Folgen des Gürtel-enger-Schnallens im Inland. Kein Wort zu den drohenden Gefahren einer weiteren Euro-Aufwertung gegenüber einem gewaltigen, fast globalen Dollarblock. Kein Wort zu den gravierenden Verzerrungen der Wettbewerbsfähigkeit der Nationen innerhalb der europäischen Währungsunion, die der deutschen Magersucht und der Völlerei anderer geschuldet ist. Kein Wort zu dem gewaltigen kreditfinanzierten Konjunkturschub vom vergangenen Jahr, der die Gewinne hat explodieren lassen und dennoch verpufft ist. Kein Wort zu der Tatsache, dass Hartz und Agenda 2010 mit irrem Getöse in die Welt gesetzt worden sind und dennoch das neuerliche Erschrecken über 5,2 Millionen Arbeitslose nicht verhindert haben.

Vor allem die Tatsache, dass sich alle einig sind, dass die Unternehmenssteuern noch einmal gesenkt werden „müssen“, spricht Bände. Um fast 11 % oder 50 Milliarden Euro sind dank des Exportschubes im vergangenen Jahr die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in die Höhe geschneit. Steuern wurden davon zwar mehr als zuvor gezahlt, wenn man genauer hinsieht, aber nur deswegen, weil zuvor gar keine Steuern von den Unternehmen mehr gezahlt worden waren. Dass darob eine große Investitionswelle in Deutschland ausgelöst worden wäre, hat man nicht gehört. Weder die vorübergehende Unternehmenssteuersenkung auf Null Prozent noch das Nachfrageprogramm durch die Weltkonjunktur haben die Investitionslethargie durchbrechen können.

Andererseits, jeder spricht über den schwachen Konsum, aber niemand spricht über die Finanzen der Arbeitnehmerhaushalte? Dem durchschnittlichen Arbeitnehmer in Deutschland wurden im Jahr 2004 effektiv 0,1 % mehr Lohn ausbezahlt als 2003. Rechnet man die Teuerung von 1,6 % mit ein, hatte der Arbeitnehmer sage und schreibe 1,5 % weniger Kaufkraft in der Tasche. Da trotz kräftig sinkender Reallöhne die Beschäftigung nur ganz leicht um 0,1 % stieg, ist es ohne weiteres zu erklären, warum die Portemonnaies der Konsumenten geschlossen blieben: Es war schlicht nichts drin.

Angesichts dieser Diagnose würde jeder vernünftige Mensch auf die Idee kommen, dass man etwas tun muss, um wieder Geld in die Taschen der Bürger zu bringen. Ohne einen deutlichen

Zuwachs beim privaten Verbrauch, das haben die vergangenen drei Jahre spätestens gezeigt, kann nichts die Wirtschaft beleben, weder Steuersenkungen oder irgendwelche Strukturmaßnahmen, noch das berühmte berüchtigte staatliche Konjunkturprogramm, und sogar nicht einmal ein riesiger Exportschub wie der des vergangenen Jahres.

Doch weit gefehlt. Die deutsche Politik hält nichts von Ursachentherapie. Sie macht lieber da weiter, wo sie in den letzten Jahren mit hunderten von Maßnahmen schon erfolglos operiert hat. Nein, nein, was man der staunenden Nation fast genau zwei Jahre nach der Agenda 2010 präsentiert hat, wird nichts, aber auch gar nichts an der deutschen Misere ändern. Es wird nur dazu führen, dass man wieder zwei Jahre wartet, bis man die Erfolglosigkeit auch dieses Maßnahmenpakets zur Kenntnis nehmen muss.

Was quer durch alle Parteien und Institutionen bisher nicht verstanden wird oder nicht verstanden werden darf: Seit 1996 haben Politik und Tarifparteien systematisch dafür gesorgt, dass die einfachen Menschen in Deutschland, der durchschnittliche Bürger im wahrsten Sinne des Wortes, keinerlei Zuwachs seines Realeinkommens mehr gesehen hat. Gleichzeitig ist das Risiko arbeitslos zu werden, fast durchweg gestiegen. Nur ein Narr oder ein Interessenvertreter kann erwarten, dass die Bürger unter solchen Umständen ihren Konsum steigern. Ohne steigenden Konsum wird es aber kein Wachstum geben. Ohne Wachstum gibt es keinen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Der Bundespräsident hat Recht. „Wir vernachlässigen schon lange das Erfolgsrezept, das der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg Zuversicht und Wohlstand ... gebracht hat.“ Wir vernachlässigen, dass eine Nation, die erfolgreich sein will, die Mehrheit der Menschen mitnehmen muss auf den Erfolgspfad, weil sie den Wettkampf zwischen den Nationen auf Dauer sowieso niemals gewinnen kann. Manchmal lohnt ein Blick in die Geschichte: In den fünfziger Jahren handelten die Gewerkschaften Lohnzuwächse (der gesamten Arbeitskosten also inklusive der Lohnnebenkosten) pro Stunde aus, die fast $8\frac{1}{2}\%$ pro Jahr erreichten. Die Kaufkraft der Arbeitnehmer stieg um mehr als sieben Prozent jährlich und der private Verbrauch expandierte real mit fast 8% per annum. Natürlich legte auch die Produktivität um fast sieben Prozent pro Jahr zu, blieb jedoch hinter dem Reallohnzuwachs zurück.

Um in Horst Köhlers Bild der fünfziger Jahre zu bleiben: Der VW Käfer lief und lief und lief, weil die Menschen am Wohlstand teilhatten. Wenn wir ihnen systematisch die Teilhabe am möglichen Wohlstandszuwachs verweigern, wird genau dieser Zuwachs ausbleiben. Autos kaufen keine Autos. Wird nicht bald erkannt, dass der einseitige Kraftakt des nationalen Gürtel-enger-Schnallens zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein eklatanter Verstoß gegen die Prinzipien der erfolgreichen Jahrzehnte nach dem Krieg war, wird Deutschland auch noch 6,2 Millionen Arbeitslose erleben müssen.